Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

9.4.1864 (No. 84)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 9. April.

Nr. 84. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. 1864.

Telegramme.

† **Dresden,** 8. Apr. Die Regierung zog das von der Abgeordnetenkammer bewilligte Postulat einer Vermehrung der Armee um 2000 Mann zurück, und hält nur die Forderung von 59 weiteren Offizieren aufrecht.

Hamburg, 8. Apr. (W. T.-B.) Eine Versammlung von 60 Geistlichen in Neumünster trat einstimmig den Beschlüssen der Ständeversammlung bei, die holsteinische Landesregierung und Polizeibehörden zu scharfer Ueberwachung des Verkehrs mit Dänemark aufzufordern.

† **Gravenstein,** Freitag 8. Apr., Mittags. Die zweite Parallele ist vollständig fertig. Verlust: 2 Mann von dem 35. Infanterieregiment und 7 von der Garde verwundet.

Kopenhagen, 8. Apr. (W. T.-B.) Dänemark weist den Volksabstimmungs-Vorschlag zurück. Während Quaade's Abwesenheit leitet Monrad das Auswärtige. Der wegen Blokadebruchs aufgebrachte holländische Dampfer „Rembrandt" ist hier angekommen, das Linienschiff „Frederik 7." südwärts abgegangen.

Deutschland.

× **Frankfurt,** 8. Apr. Gutem Vernehmen nach sind die vereinigten Ausschüsse gestern unmittelbar vor und nach der Bundestags-Sitzung zu sehr lang andauernden Berathungen über die Konferenzangelegenheit zusammengetreten; doch scheinen noch keine definitive Beschlüsse gefaßt worden zu sein, da in der Bundestags-Sitzung selbst die Sache nicht zur Erörterung gekommen ist. — Ein Gesuch des Zivilkommissärs in Holstein, Hrn. v. Könneritz, um Ertheilung eines 8tägigen Urlaubs zur Ordnung von Familienangelegenheiten wurde von der h. Versammlung genehmigt. — Hr. v. Sydow, der bisherige preußische Bundestags-Gesandte, machte offizielle Mittheilung von seiner Abberufung und der Ernennung des Hrn. v. Savigny zu seinem Nachfolger. Hr. v. Sydow wird die Geschäfte jedoch noch einige Tage fortführen. — Altenburg und Meiningen erklärten sich gegen die Einführung eines allgemeinen Patentgesetzes. — Sonst Vorträge des Militärausschusses und der Reklamationskommission. — Wenn bis morgen die Instruktionen alle eingetroffen sind, wird möglicher Weise eine außerordentliche Sitzung abgehalten, in der dann die Ausschüsse Bericht erstatten würden. Daß die Wahl eines Bevollmächtigten nur auf Hrn. v. d. Pfordten oder Hrn. v. Beust fallen wird, kann als gewiß gelten. Auch die Großmächte sind für Hrn. v. Beust.

Stuttgart, 8. Apr. Bülletin. Se. Maj. der König hatte nach mehreren besseren Nächten heute wieder eine unruhige, schlaflose. Das Befinden bei Tag war in der Regel ziemlich befriedigend. Die Schwäche hat nicht zugenommen. Nächstes Bülletin am Dienstag.

Hannover, 5. Apr. (N. Pr. Ztg.) Gestern gingen von hier eine Batterie gezogener Kanonen und eine Strandbatterie ab, um zum Schutze der Küsten verwendet zu werden. Die beurlaubten und nun einberufenen Mannschaften der zu gleichem Zweck bestimmten Regimenter, bez. Bataillone (2, 3 und 5) treffen in ihren Garnisonen Celle, Stade 2c. bereits ein; diese Truppenkörper werden alsbald an den Ort ihrer Bestimmung, an die Ems, Weser und Elbe, abgehen.

Glückstadt, 3. Apr. (Itzeh. Nchr.) Von den Bundestruppen ist längs der ganzen Elbküste ein Signalapparat eingerichtet worden, um auf alle Fälle gerüstet zu sein. Auf ein gestern von der Bösch aus aufgegebenes Signal wurden die hieselbst und in der Umgegend liegenden Truppen alarmirt und sammelten sich rasch und präzis auf dem bezeichneten Platze. Das Publikum wurde durch den Generalmarsch etwas aufgeregt, bis es erfuhr, daß das Ganze nur zur Probe angestiftet sei.

Kiel, 6. Apr. Außer der bereits mitgetheilten Deklaration der Landesrechte hat nach der „Schl.-Holst. Ztg." die Ständeversammlung gestern noch folgendes Mandat für den aus drei Mitgliedern bestehenden ständigen Ausschuß beschlossen:

Die Herzogthümer Schleswig-Holstein sind Dank dem Einschreiten der deutschen Mächte von dänischer Herrschaft befreit; sie geben sich noch der Hoffnung hin, daß es den deutschen Mächten gelingen werde, durch die dem Landesrecht entsprechende definitive Trennung der Herzogthümer von Dänemark die Grundlage eines dauernden Friedens zu legen.

Der bevorstehende Zusammentritt der Konferenz europäischer Mächte indeß, auf der über die Mittel zur Beilegung des dänisch-deutschen Konflikts berathen werden soll, ruft die dringende Befürchtung hervor, daß abermals ein Versuch gemacht werde, über die Rechte der Herzogthümer Schleswig-Holstein zu verfügen, ohne daß ihnen Gelegenheit gegeben wäre, durch das Organ ihrer gesetzlichen Vertretung die in den alten Landesrechten sicher begründeten Forderungen geltend zu machen. Wir sind davon überzeugt, daß auf diesem Wege niemals ein dauernder Friede geschlossen werden kann, daß dadurch vielmehr nur der Keim neuer Zwietracht und fortwährenden Unfriedens gelegt werden wird. Denn das Volk der Herzogthümer, wie es sich mit seltener Einmüthigkeit in jüngster Zeit öffentlich ausgesprochen hat, wird nimmermehr von Dem lassen, was es als sein Recht erkannt hat: von seinem Recht auf definitive Trennung vom Königreich Dänemark und Herstellung eines unabhängigen Staats unter der Herrschaft seines rechtmäßigen angestammten Fürsten, des Herzogs Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein.

Leider ist trotz wiederholter dringender Bitten von Behörden wie Korporationen die Zusammenberufung der Ständeversammlung des Herzogthums Holstein nicht zu erreichen gewesen. Für das Herzogthum Schleswig fehlt es sogar zur Zeit an einer beschlußfähigen Ständeversammlung. So sind denn im Angesicht der überwältigenden Gefahr für das Vaterland nun die unterzeichneten Mitglieder der Ständeversammlung Holsteins freiwillig zusammengetreten, um der allgemeinen Rechtsüberzeugung des Volkes Ausdruck zu geben in der beiliegenden Rechtsverwahrung, und sie beauftragen hierdurch aus ihrer Mitte die Herren Th. Reincke in Altona, Prof. Dr. Behn in Kiel, Pastor Versmann in Itzehoe, diese Rechtsverwahrung dem durchlauchtigsten Deutschen Bunde, dem von diesem etwa zu der gedachten Konferenz abzuordnenden Gesandten, sowie an sonst ihnen angemessen erscheinenden Orten in ihrem Namen und Auftrage sammt oder sonders, in eigener Person oder durch von ihnen Bevollmächtigte zu dem Zwecke zu überreichen, damit dieselbe zur Kunde der Konferenz gebracht werde — Kiel, den 5. April 1864. (Folgen 40 Unterschriften.)

Schleswig, 4. Apr. (Hamb. Nachr.) Morgen wird die Domschule in Schleswig wieder eröffnet werden. An die Spitze tritt Hr. Dr. Keck aus Ploen, nachdem Hr. Dr. Mommsen aus Oldenburg den zweiten Posten als Konrektor angenommen hat; Letzterer ist indeß noch nicht eingetroffen. Die hiesige Realschule hat sich aufgelöst und wird mit der Domschule vereinigt werden. Der frühere erste Lehrer ist der Einzige, der unter gleichen Bedingungen verbleibt; die übrigen sehen sich nach einer andern Wirksamkeit um, welche zu finden unter den bestehenden Verhältnissen nicht schwer werden wird. Das Lehrerpersonal besteht jetzt außer den Genannten aus den HH. Dr. Volquardsen, Dr. Sach, Dr. Horn, den HH. Beckmann, Grünfeld, Kandidat Birch, Johannsen und Kandidat Wallichs. Zur Aufnahme haben sich zwischen 100 und 120 Schüler gemeldet. Wie wenig Vertrauen man zu dem frühern Lehrerpersonal und der dänischen Lehrmethode hatte, hat die immer mehr abnehmende Zahl der Schüler bewiesen, während der jetzige Andrang beweist, wie nothwendig eine Veränderung war.

Flensburg, 5. Apr. (Hamb. Nachr.) Gestern Abend fand eine ziemlich große Versammlung der ersten und angesehensten Bürger unserer Stadt im Lokale des Hrn. Börnsen statt. Dieselbe bezweckte zunächst eine Verständigung über die bei Gelegenheit der bevorstehenden Konferenzen von dem gesammten Schleswig-Holstein zu beobachtende Haltung und dann über die geeigneten Mittel innerhalb des Flensburger Rayons behufs der Herbeischaffung einer überwiegenden Majorität von Unterschriften für die bekannte Resolution. Hr. Hansen referirte mit großer Klarheit zuerst über den Erfolg seiner Sendung zur allgemeinen Delegirtenversammlung der schleswig-holsteinischen Vereine in Rendsburg, dann ließ er sich in kurzen, aber bestimmten und die Sachlage vollständig erschöpfenden Worten über die nächste zu erwartende Zukunft (das bei den Konferenzen in den Vordergrund tretende, längst befürchtete Theilungsprojekt) aus.

Rinkenis, 5. Apr. Die Zahl sämmtlicher im Sundewitt und auf Broacker konzentrirten Truppen, einschließlich der Bedienung der Geschütze und der Pioniere, übersteigt die Zahl 35,000 nicht. Es befinden sich hier zunächst die 8 Musketierbataillone der 4 Garderegimenter, zusammen ungefähr 6000 Mann; die 10 Regimenter Infanterie, ungefähr 25,000 Mann stark, sind in 5 Brigaden getheilt. Die 4 brandenburgischen Regimenter (35. und 60., 24. und 64.) bilden die Brigaden Canstein und Röder; die 4 westphälischen Regimenter (13. und 53., 15. und 55.) machen die Brigaden Schmid und Göben aus, während das pommer'sche Regiment 8 und das posen'sche Regiment 18 zur Brigade Raven vereinigt sind. Die Brigaden Canstein und Röder stehen unter dem Kommando des Generalleutnants v. Manstein, die Brigade Schmid und Göben kommandirt Generalleutnant v. Witzingerode. Sowohl der westphälischen, als der brandenburgischen Division ist ein Bataillon Jäger beigegeben. Kavallerie befindet sich so gut wie gar nicht im Sundewitt. Nur eine Schwadron Ziethen-Husaren liegt in Gravenstein; dieselben werden zum Staffettenreiten verwandt. In Flensburg liegen 1 Schwadron Ulanen und eben so viel Kürassiere. Die ganze übrige preußische Reiterei, 3 Regimenter Husaren, 2 Regimenter Kürassiere, 1 Regiment Dragoner und 1 Regiment Ulanen, sind mit den österreichischen Liechtenstein-Husaren und Windischgrätz-Dragonern zu einer Division kombinirt, die in Jütland operirt.

Nübel, 3. Apr. (Köln. Ztg.) Der heutige Tag war ein Tag des Jammers für die Bewohner Sonderburgs. Während die Bürger unter dem Donner des gestern begonnenen allgemeinen Angriffes von der unheilvollen Stätte fliehen, feiern die preußischen Geschütze einen artilleristischen Triumph. Die gezogenen Kaliber unserer Armee werden an den Namen Düppel den Ruf ihrer Bewährtheit knüpfen. Sonderburg liegt hinter dem 300 Schritt breiten Sunde auf einem erhöhten, sehr gelinde ansteigenden Plateau, 6500 Schritt von der Batterie Nr. 1 bei Gammelmark entfernt. Nur zwei 24pfündige Geschütze vermochten es, über diese Entfernung hin in die schleswig'sche Stadt das Verderben des Brandes zu schleudern. Bereits gestern Abend um 5 Uhr geschahen die ersten Schüsse, Anfangs ohne bleibenden Erfolg. Heute früh um 8 Uhr jedoch bemerkte man deutlich die hellen Flammen an einem Hause, die sich gegenwärtig, Mittags 1 Uhr, bereits einen großen Herd geschaffen. Ein heftiger Nordwest jagt Hitze und brennende Trümmer in die noch nicht ergriffenen Stadttheile. Gewaltige Rauchmassen, welche sich noch heute früh wiederholt mit denen der brennenden Baracken hinter den Schanzen vermischen, verdunkeln Meer und Horizont und hüllen die regungslose Gestalt des „Rolf Krake" in ihren trüben Mantel. In vergangener Nacht verlangsamte sich unser allseitiges Feuer bis auf wenige Schüsse zur Beunruhigung, um sich erst am späten Morgen wieder zu beleben. Die dunkle Nacht wurde eigenthümlich erleuchtet von den Blitzen der Geschütze und Geschosse, sowie durch den unheimlichen Reflex der brennenden Baracken und Gehöfte. Größere Truppenmassen stehen bereit zur Deckung der feuernden Artillerie, während andere zu besondern Zwecken verwandt werden, so daß die Truppenmärsche nicht enden und keine Stunde vergeht, ohne neue Befehle zu bringen. Der Feind vermuthete gestern wohl einen Sturm, denn er warf auffallend viele Granaten dahin, wo unsere Sturmkolonnen hätten stehen müssen, wenn ein Angriff mit dem Bayonnet wäre beabsichtigt gewesen; gestern wehrten sich die Dänen tapfer, heute aber schweigen alle Schanzen bis auf die brave Schanze Nr. 2, vor deren Kommandeur man allen Respekt haben muß. Dieselbe antwortet noch so munter, wie sonst; auch unterhält dieselbe wieder ihre Schüsse gegen unsere Enfilirbatterien. Die Stellung unseres Angriffskorps erstreckt sich nordwärts bis zum Ende des Alsensunds. Die feindliche Flotte war nur durch den „Rolf Krake" vertreten; derselbe blieb aber durchaus unthätig. Die Prinzen Karl und Friedrich Karl sahen der Kanonade gestern von den Dünther Höhen zu.

Gravenstein, 6. Apr. (N. Pr. Ztg.) In der verflossenen Nacht erhielt die Gardedivision den Auftrag, ihre Vorposten bis auf 500 Schritt über die erste Parallele hinaus vorzuschieben und sich dort einzugraben. Dies wurde auch vollständig ausgeführt. Das 4. Garderegiment z. F. drückte mit 4 Schützenabtheilungen, denen Pionniere beigegeben waren, auf vier verschiedenen Punkten den Feind gleichzeitig zurück und nahm ihm 18 Gefangene ab. Das Eingraben der Schützenabtheilungen und der dahinter aufgestellten Soutiens fand an dem hart gefrorenen Boden einige Schwierigkeit; doch wurde es bis zum Anbruch des Tages ausgeführt. Diesseitiger Verlust 16 Verwundete.

Berlin, 6. Apr. Auf der bevorstehenden Konferenz wird Preußen, der „Nat.-Ztg." zufolge, wahrscheinlich von dem Grafen Bernstorff und Hrn. v. Balan, Oesterreich durch den Grafen Apponyi und Frhrn. v. Biegeleben, Rußland von Baron Brunnow und Staatsrath v. Ewers, Dänemark durch die HH. Quaade und Krieger vertreten werden. In Betreff des Abgesandten des Bundes wird bestätigt, daß Graf Platen in den Hintergrund getreten sei; Bayern befürwortet, wie versichert wird, die Ernennung des Hrn. v. Beust. Nach dem „Schwäb. Mrk." wäre neuerlich überhaupt nur noch von dem sächsischen Minister und Hrn. v. d. Pfordten die Rede. — Wie man der „Köln. Ztg." schreibt, hat Prof. Temme sein Mandat als Mitglied des Abgeordnetenhauses für den 4. Berliner Wahlbezirk niedergelegt.

Berlin, 6. Apr. Man schreibt der „Köln. Ztg.":

Die Nachricht, daß Preußen der französischen Erklärung in Betreff der Herzogthümer beigepflichtet habe, wird uns von gewöhnlich gut unterrichteter Seite bestätigt, mit dem Hinzufügen, daß das Tuilerienkabinet die von ihm an England erlassene Antwort hier zur offiziellen Kunde gebracht und eine zustimmende Erwiederung darauf erhalten habe. Man vermuthet, daß der Vorbehalt, den Preußen dabei gemacht haben soll, sich auf den Modus bezieht, nach welchem die Willensmeinung der Herzogthümer einzuholen sei. Es ist anzunehmen, daß man hier Bedenken gegen eine dabei stattfindende Anwendung des allgemeinen Stimmrechts hegen dürfte, und dagegen vorzieht, die Herzogthümer durch das Organ ihrer ständischen Körperschaften sprechen zu lassen. Sollte dieses der Fall sein, so wird sich doch hoffentlich daraus keine ernstliche Meinungsdifferenz entwickeln. Die nächste Folge der in der preußischen Politik eingetretenen Wendung dürfte die Erkaltung der seit 3 Monaten so intimen Beziehungen zum Wiener Kabinet sein. Man glaubt in hiesigen kompetenten Kreisen nicht, daß Oesterreich Preußen auf der von ihm betretenen Bahn nachfolgen werde. Der gestrige Artikel der „Wien. Abendpost" bekundet übrigens genugsam, daß man in Wien durchaus dabei beharrt, das Prinzip der Nationalität von der Entscheidung des dänisch-deutschen Konflikts fern halten zu wollen. Preußen indeß kann sich, in dieser deutschen Kardinalfrage, es unmöglich von Frankreich zuvorthun lassen. Das preußische Volk würde auch sicherlich um den Verlust der neuen, mit Mißtrauen aufgenommenen österreichischen Freundschaft nicht Trauer empfinden, und am wenigsten, wenn zum Entgelt Preußens Verhältniß zum übrigen Deutschland dadurch wieder gebessert würde."

†† **Wien,** 6. Apr. Die „Allg. Ztg." bringt eine offiziöse

Wiener Mittheilung, welche aus den Zollverhandlungen in Prag ein möglichst günstiges Fazit zu ziehen versucht, obgleich selbst sie zugeben muß, daß „auf Grund der dort zwischen den beiden Kommissären vereinbarten Vorschläge" — Vorschläge, welche wesentlich nur auf eine weitere Erleichterung des Grenzverkehrs abzielen — „eine Ausgleichung der vorhandenen handelspolitischen Differenz nicht stattfinden kann." Aber sie will doch behaupten dürfen, daß in Prag „die Grundlagen und die Ausgangspunkte für weitere Verhandlungen gegeben" worden sind, „und mehr sollte dort, wo beide Kommissäre ohne Vollmachten zu einem Vertragsabschluß erschienen, und wo Preußen im eigenen Namen ohne Mandat des gesammten Zollvereins unterhandelte, nicht erreicht werden." Der Schluß läßt endlich durchblicken, daß Preußen sich einer Modifikation des Art. 31 des französischen Handelsvertrags nicht durchaus abgeneigt gezeigt habe, denn er erklärt es, da Preußen sich einmal durch diesen Vertrag gebunden erachte, für „eine der wichtigsten Aufgaben der weiteren Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen, die Motive zu finden, durch welche Frankreich zu einer solchen Modifikation zu bestimmen sein würde."

Ich glaube der Wahrheit bedeutend näher zu treten, als diese offiziöse Auslassung, wenn ich behaupte, daß der Bericht, welchen der österreichische Kommissär an die zunächst betheiligten Ministerien des Auswärtigen, der Finanzen und des Handels über die Ergebnisse der letzten „Zollbesprechung" erstattet hat, von einer Zolleinigung, sei es mit dem ganzen Zollverein oder einem Bruchtheil desselben, ja selbst von den vorbereitenden Maßregeln zu einer solchen Zolleinigung vollständig absehen, und vielmehr nur empfehlen zu müssen glaubt, sowohl mit dem Zollverein als mit Frankreich Handelsverträge abzuschließen, und speziell noch vor dem Erlöschen des Februarvertrags ein neues Zollkartel mit dem Zollverein zum Abschluß zu bringen.

Italien.

Turin, 2. Apr. Der Minister des Auswärtigen, Visconti Venosta, hat, wie man hört, die Grundsätze der italienischen Politik in der dänischen Frage in einer Note an das Kopenhagener Kabinet auseinandergesetzt; er soll darin Dänemark die Sympathien Italiens ausgedrückt, zugleich aber auch nicht verhehlt haben, daß der Londoner Vertrag den von Italien vertretenen Prinzipien zuwiderlaufe.

Frankreich.

♁ **Paris,** 7. Apr. Der „Moniteur" meldet in seinem halboffiziellen Theil, daß Erzherzog Maximilian nächsten Samstag die mexikanische Deputation empfangen und am Sonntag nach Mexiko abreisen werde. Die neuesten Nachrichten von dort lauten übrigens nicht sonderlich günstig; zu Tubasco brach eine Erhebung aus, und die französische Garnison befand sich bei Abgang des Dampfers in einer kritischen Lage. Im ganzen Lande tauchen von neuem starke Guerillasbanden auf. — Marquis v. Pepoli wird seinen Urlaub verlängern, angeblich wegen des Gesundheitszustandes seiner Gemahlin. — Die „France" erfährt aus Rom, daß der Zustand des Papstes sich wesentlich gebessert habe. — Die Akten des Prozesses Armand waren heute noch nicht am Kassationshofe angelangt, wo der erste Präsident des Gerichtshofs von Aix sich noch befindet. Der Justizminister berief noch einen andern Gerichtsrath nach Paris. — Die Spahis werden nächstens nach Afrika zurückkehren, dagegen soll aus Söhnen der ersten arabischen Familien eine Art von Cent-gardes für den kais. Prinzen gebildet werden.

Wie der „Moniteur" meldet, wird der kaiserl. Prinz den Kindern, welche Mitglieder der „Société du Prince impérial" zur Unterstützung der Arbeiter sind, am 8. Mai ein Fest geben. — Heute fand die feierliche Aufnahme des Hrn. Dufaure in die Akademie statt. Obgleich die Sitzung erst um 2 Uhr beginnen sollte, waren schon um 9 Uhr Morgens die Thüren des Instituts belagert. Die Rede des Hrn. Dufaure mag wohl noch in der letzten Stunde Abänderungen erfahren haben; ich finde darin nur folgende Stelle hervorzuheben: „... Da mein Vorgänger (der Herzog von Pasquier) keinen Theil an dem 18. Brumaire nahm, so habe ich darüber meine Meinung nicht zu sagen. Ich freue mich dessen; ich wäre vielleicht nicht unparteiisch genug, um davon zu sprechen. Ich beschränke mich darauf, zu sagen, daß nach dem Staatsstreich und dem ersten Staunen, welches er verursacht hatte, Frankreich wieder den geregelten Gang zu gehen schien ..." — Börse flau. Rente variirte zwischen 65.95 und 66, Mob. zwischen 1037 und 1045. Erst kurz vor dem Schluß hob sich Rente auf 66.10.

Belgien.

Brüssel, 5. Apr. (Fr. J.) Der Fürst de Ligne stieg heute, nach Eröffnung der Senatssitzung, für einige Momente vom Präsidentenstuhl, um dem Senat die Gründe mitzutheilen, welche ihn bestimmt, unlängst die sowohl vom König persönlich, als von verschiedenen katholischen Deputirten an ihn ergangene Aufforderung, ein neues Ministerium zu bilden, abzulehnen.

Man ließ mir die Wahl — sagte der Fürst — zwischen einem Geschäftsministerium und einer politischen Verwaltung. Ersteres war meiner Ansicht nach lebensunfähig und todtgeboren. Ein politisches Kabinet mit den katholischen Parteichefs aber hätte mich gezwungen, meinen Stützpunkt ausschließlich bei der Rechten zu suchen, während meine Gegner alle die Vertheidiger der liberalen Politik gewesen sein würden, die ich selbst, wenn auch in Wahrheit in einer moderirenden Nuance, bisher unterstützt. Darum glaubte ich, meine HH. Kollegen, die mir übertragene Mission ablehnen zu müssen. Ich liebe klare, fest begrenzte Stellungen, und zwar solche, die keiner Rechtfertigungszeugnisse bedürfen, um die Hingabe für das öffentliche Wohl zu erklären. Um nützlich zu sein, muß diese Hingebung allseitig anerkannt sein; denn um die zur Leitung eines Landes unerläßliche moralische Kraft zu besitzen, muß keine Partei uns beschuldigen können, von der Linie abgewichen zu sein, wir uns vorgezeichnet.

(Großer Beifall und Zustimmung.) Diese Worte kennzeichnen trefflich die Lage und machen es fortan der klerikalen Presse unmöglich, die abtretenden Minister zu beschuldigen, daß sie geflissentlich die Bildung eines Uebergangskabinets, oder eines rein politischen Ministeriums hintertreiben. — Von der Rückkunft des Königs verlautet noch nichts Bestimmtes, doch dürfte dieselbe jedenfalls innerhalb der nächsten 14 Tage erfolgen.

Dänemark.

Aus **Kopenhagen,** 1. Apr., liegt der Wiener „Generalkorrespondenz" eine an einen Diplomaten gerichtete Mittheilung vor, aus der sie nachfolgende Stelle aushebt:

Die Regierung ist, wie auch wohl begreiflich, vollkommen darauf gefaßt, in der bevorstehenden Konferenz Konzessionen machen zu müssen, die bis zu einem Systemwechsel gehen. Sie ist sehr gut darüber unterrichtet, daß die November-Verfassung, die Schöpfung der bisher siegreichen eidersdänischen Politik, selber fallen muß, weil in diesem Punkt — und er ist im Grund der wichtigste! — alle neutralen Mächte auf der Seite der deutschen Regierungen stehen. Auf der andern Seite wird sie jedoch auch an den Anschauungen, auf welchen die Vereinbarungen von 1851 und 1852 beruhen, festhalten müssen. Da aber dieselben entweder völlig unklar geblieben oder aber in ihren konkreten Punkten von dem Ministerium Hall wiederholt als völlig undurchführbar bezeichnet sind, so kann jenes Festhalten eben nur die Bedeutung haben, daß die Prinzipien, um welche die damals geführten Verhandlungen sich drehten, die Ausgangspunkte der jetzt wieder zu eröffnenden Diskussionen bilden sollen. Die Regierung selbst ist sehr bereit, von dieser Grundlage aus zu einer völkerrechtlichen Revision der Vereinbarungen von 1851 bis 1852 die Anregung zu geben.

Kopenhagen, 4. Apr. Seit der vorgestrigen Eröffnung des Bombardements ist hier die Zuversicht auf die Behauptung der Düppelstellung sehr geschwunden. „Dagbladet" hält es bereits für angemessen, auf ihren Fall vorzubereiten, indem es die letzten Berichte mit folgenden Bemerkungen begleitet:

Die neuesten Nachrichten schließen mit dem gestrigen Abend, und es ist deßhalb die lebhafte Spannung, mit welcher man dem Ausgang des auf unsere stärkste Vertheidigungsstellung begonnenen kräftigen Angriffs entgegensieht, in stetem Steigen begriffen. Es läßt sich vermuthen, daß die deutsche Armee Alles aufbieten wird, um den verunglückten Sturm (?) vom zweiten Ostertag in Vergessenheit zu bringen und, wenn möglich, Düppels Herr zu werden vor dem 12. April oder der sonstigen Frist für die Konferenz ohne Basis und ohne Waffenstillstand, welche Earl Russell uns zu oktroyiren sucht. Der Artilleriekampf gegen unsere Werke und die Beschießung von Sonderburg dürfen wohl nur als Einleitung zu einem umfangreichen Sturmangriff betrachtet werden. Der Feind geht darauf aus, die Geschütze in den Schanzen zu demontiren, unsere Mannschaften zu ermatten und Störung in alle Kommando- und Verpflegungsverhältnisse zu bringen, um dann, wenn er den günstigen Augenblick als eingetreten erachtet, sich mit seiner überlegenen Stärke auf unsere erschöpften Soldaten zu werfen und vielleicht gleichzeitig einen Uebergang über den Alsener Sund zu bewerkstelligen, während unsere ganze Aufmerksamkeit auf Düppel hin gerichtet ist. Die Frage ist nur die, ob seine Artillerie das Feuer ohne irgend eine Pause, welche uns zur Ausbesserung des verursachten Schadens Zeit lassen könnte, fortzusetzen vermag, und ob seine Soldaten in dem entscheidenden Augenblick Muth genug besitzen werden, sich beim Sturm auf die Schanzen dem Tode zu weihen. Klopfenden Herzens harrt das dänische Volk der Berichte von diesem ehrenvollen Kampfplatz, auf welchen die Blicke von ganz Europa gerichtet sind, und zwar Blicke voll Sympathie für unsere Angelegenheit und voll lebhafter Bewunderung für die Tapferkeit und Ausdauer unserer Truppen. Wir wissen, daß, wie stark auch die Düppeler Stellung ist, dieselbe doch nicht gegen jede beliebige Uebermacht vertheidigt werden kann. Selbst Sebastopol wurde zuletzt erobert, als die Alliirten sich zu den ungeheuren Opfern bequemten, welche seine Einnahme erheischte, und so wird auch Düppel, welches von einer weit überlegenen Truppenmacht angegriffen wird, der alle Fortschritte der neuern Kriegswissenschaft zur Verfügung stehen, endlich fallen müssen, wenn die Preußen sich entschließen, den Preis zu zahlen, den es kostet. Inzwischen hoffen wir, daß der Augenblick noch nicht eingetreten ist, in welchem unsere tapfere Armee auf diesen letzten Punkt des schleswig'schen Festlandes wird verzichten müssen; vielmehr halten wir es für möglich, noch eine erfreuliche Siegesbotschaft wie die vom zweiten Ostertag zu empfangen; und sollten wir uns trotzdem in dieser Erwartung täuschen, so hegen wir gleichwohl die volle Ueberzeugung, daß der hinterlistige („traedske") und hochmüthige Feind jeden Fuß breit Erde, den er uns abzwingt, theuer von uns wird erkaufen müssen.

Oesterreichische Patrouillen durchstreifen noch immer nordwärts bis Horsens die jütländischen Bezirke und treiben hier und da die rückständigen Requisitionen an Lebensmitteln ein. Der Gutsbesitzer Eckardt von Oerumgaard wurde vor kurzem ins österreichische Hauptquartier abgeführt.

Sonderburg, 31. März. Der im dänischen Lager weilende Korrespondent des Londoner „Herald" schildert in seinem Brief unter vorstehendem Datum die Stimmung der Dänen in Bezug auf die bevorstehende Konferenz; er sagt:

In denke, man wird die Dänen in gewissen Punkten fest finden. Es liegt ihnen wenig daran, Holstein zu behalten; aber nie werden sie eine Vereinigung Holsteins mit Schleswig unter irgend einem von dem allgemeinen dänischen getrennten Ministerium oder Parlament zugeben. Sollte eine Reihe großer Niederlagen sie zu einem widerwilligen Ja zwingen, so werden sie bei dem ersten großen Ausbruch in Europa wieder mit dem ersten besten Feind Deutschlands im Bunde vor die Bresche treten. Aber indem Dänemark in der holsteinischen Frage nachgibt, ist es gern bereit, in Schleswig sogar eine allgemeine Abstimmung zu gestatten; jede Provinz für sich, sagt der Däne, aber nie und nimmer eine gemeinschaftliche Abstimmung Holsteins und Schleswigs. Ich bin in der Lage, zu wissen, daß diese Stimmung von Personen höchsten Rangs getheilt wird.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 2. Apr. (Nat.-Ztg.) Die vorgestrige Militärparade ging bei ziemlich schlechtem Wetter und knietiefem Schlamm von Statten. Etwas besonders Bemerkenswerthes bot dieselbe nicht; nur ist zu erwähnen, daß am Abend zuvor diejenigen Offiziere und Soldaten, welche vor 50 Jahren den Einzug in Paris mitgemacht, beim Kaiser gespeist wurden, daß ferner im großen Theater zu wohlthätigen Zwecken eine Gelegenheitsvorstellung stattfand, wobei die Generalprobe am Vorabend eine höhere Einnahme brachte, als die Hauptvorstellung selbst. Endlich könnte man noch eine Art von Manifestation darin sehen, daß General Medem, welcher zum Generalinspektor der Artillerieschulen ernannt wurde, in dem Ernennungsdekret vom Kaiser daran erinnert wird, er sei gerade vor 50 Jahren, am Tage des Einzugs der Alliirten in Paris, zum Offizier avancirt. Trotzdem möchte man gern die ganze Sache als unbedeutend behandelt sehen und man spricht namentlich den Fremden gegenüber nicht gern davon.

Interessanter ist das Losschlagen unserer Regierungspresse gegen die damalige Regierung des Fürsten Cusa in den Fürstenthümern. Der „Invalide" und die nun auch offiziös gewordene „Deutsche Zeitung" richten gegen das Ministerium Kogolnitschano eine förmliche Anklageakte, und scheinen zu dem Schlusse zu berechtigen, daß man den Umtrieben der polnischen Emigration in jenen Gegenden nicht lange mehr zusehen wolle. Hiegegen hat Mazzini einen unparteiten, allerdings nur indirekten Vertheidiger im „Invaliden" gefunden. Bezüglich des Aufsehens, welches die französische Presse und ein Theil der englischen aus der Stansfeld-Mazzini-Affaire macht, meint der „Invalide", man habe hierzu in Frankreich gar keine Berechtigung, denn auch dort würden Emigranten geduldet, welche Dolche gegen fremde Herrscher und Staatsmänner schleiften, und sie seien in Verbindung mit Leuten, die noch viel wichtigere Posten in der Regierung einnähmen, als Mr. Stansfeld in England. Es wird namentlich daran erinnert, daß im verflossenen Herbst das vom Fürsten Poniatowski präsidirte Polenkomitee zugestanden habe, es habe das Attentat gegen den Grafen Berg veranlaßt. Um solche Sprache zu führen und zu dulden, muß man doch hier irgend welche Ursache haben, gegen Frankreich gereizt zu sein, denn auch in dem Artikel über die Fürstenthümer erinnert der „Invalide" daran, daß Hr. Kogolnitschano früher mit Frankreich kokettirt habe.

Die Newa ist an vielen Stellen bereits so unsicher, daß man den Uebergang über das Eis untersagen mußte. — Aus dem Kaukasus wird gemeldet, daß der dortige, sehr strenge Winter dem Lande großen Schaden verursacht hat. — Auf unserer Universität hat es neulich wieder einen kleinen Krawall gegeben. Einer der Studenten war eines Diebstahls beschuldigt, und es kam darüber zu Thätlichkeiten, in Folge deren ein Student für immer von der Hochschule ausgeschlossen, vier andere aber zeitweilig verbannt wurden, mit dem Rechte, andere Universitäten zu besuchen, oder auch nach einiger Zeit hieher zurückzukehren.

Jonische Inseln.

Corfu, 29. März. (A. Ztg.) Man erwartete hier für die ersten Tage des Monats April 800 Mann griechische Truppen, allein die Ankunft derselben wird sich wohl noch um mehrere Wochen verzögern, da allem Anschein nach das englische Protektorat dieser Inseln noch mehr als einen Monat fortbestehen wird. Das Regiment Nr. 9 der hiesigen Garnison hat Ordre erhalten, bis zum 23. April sich reisefertig zu halten, für die andern Truppen ist noch nichts bestimmt. Die Zitadelle wird nicht geschleift werden; dagegen wird das Fort Vido ganz zerstört, was die hiesige Bevölkerung sehr erbittert. Indeß verhält sich dieselbe ungemein ruhig.

Großbritannien.

* **London,** 6. Apr. Aus der fünften Lieferung des Blaubuchs über die deutsch-dänische Angelegenheit.

Es scheint zweckmäßig, vor Allem auf eine Depesche des Hrn. v. Bismarck vom 30. Jan. 1864 zurückzukommen. Dieselbe ging um nur 24 Stunden den bekannten gleichlautenden Erklärungen Oesterreichs und Preußens über ihre bedingte Anerkennung des Londoner Vertrags vorher, und man wird sich erinnern, wie häufig im Parlament und in der Presse jene Erklärungen als unklar, ja unverständlich oder zweideutig bezeichnet wurden; man wird sie aber leicht verständlich finden, wenn man nur einige Stellen aus der Depesche vom 30. Jan. liest. In diesem Schreiben an den Grafen Bernstorff sagt Hr. v. Bismarck u. A.:

In meiner Depesche vom 24. habe ich schon wiederholt, daß es uns völlig unmöglich ist, den Londoner Vertrag aufrecht zu halten und zugleich die ihm vorhergegangenen und innerlich mit ihm zusammenhängenden Vereinbarungen offen verletzen zu lassen. Dadurch, daß Dänemark zwölf Jahre lang seine Verbindlichkeiten unerfüllt gelassen und sie zuletzt durch die Verfassung vom 18. Nov. endgiltig und förmlich gebrochen hat, haben wir das Recht erlangt, uns vom Londoner Vertrag loszusagen. Wir fragten uns, ob wir von diesem Rechte Gebrauch machen oder es noch einmal versuchen sollten, Dänemark zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten zu bewegen; nur der aufrichtige Wunsch, die Beziehungen zu den Mitunterzeichnern des Londoner Vertrags nicht zu trüben, hat uns vermocht, die letztere Alternative zu wählen und somit zu beweisen, daß wir dem genannten Vertrage treu bleiben. Die Regierung J. Britt. Majestät wird uns nicht die Anerkennung versagen können, daß wir uns bemüht haben, die uns durch den Londoner Vertrag auferlegten Verpflichtungen aufs gewissenhafteste zu erfüllen. Aber wenn wir an allen Bestimmungen von 1851 und 1852 festhalten, so sind wir es uns selbst und den Interessen Deutschlands, die wir in den Herzogthümern zu beschützen haben, schuldig, die Periode der bloßen Versprechungen, die so ganz unwirksam geblieben sind, nicht weiter in die Länge ziehen zu lassen, sondern Sorge zu tragen, daß Verpflichtungen, deren Vorhandensein und bindende Kraft Niemand abläugnet, erfüllt werden. Wir können uns hiervon nicht abschrecken lassen durch den letzten uns durch J. Britt. Maj. Regierung gemachten Vorschlag, Dänemark eine Frist von sechs Wochen zu gönnen, damit es die November-Verfassung in verfassungsmäßiger Weise, d. h. durch Anwendung dieser gesetzwidrigen Verfassung selbst, aufzuheben suche. Indem die dänische Regierung mit diesem Vorschlage auftritt, vergißt sie, daß wir, da wir das Vorhandensein der November-Verfassung nicht anerkennen, zu einem Verfahren, aus welchem für den Augenblick die Anerkennung dieser selben Verfassung folgen würde, nicht die Hand bieten können, abgesehen davon, daß die dänische Regierung für den Erfolg dieses Versuches, zumal binnen sechs Wochen, nicht die geringste Bürgschaft bieten könnte. Sie vergißt überdies, daß sie selbst die Schwierigkeiten, die sie jetzt vorschützt, geschaffen hat, indem sie in übereilter Weise und ungeachtet der zahlreichen, von uns in allen einleitenden Phasen wiederholten Warnungen und Proteste sowohl die Annahme der Verfassung von Seiten der Kammern, als nachher die königl. Sanktionirung der gemeinsamen Verfassung für das König-

reich und das Herzogthum betrieben hat, und daß sie weder in dem Zeitraum vom 18. November bis zum 1. Januar, einer zur Vermeidung ernsterer Verwicklungen ihr gestatteten Frist, noch während des ganzen seitdem verflossenen Monats irgend einen Schritt gethan hat, um auf dieser Bahn umzukehren. Nachdem die dänische Regierung sich auf diese Art aus eigenem Antrieb eine Stellung bereitet hat, die auch von den nichtdeutschen Großmächten mißbilligt wird, so kann man es, denken wir, nur als gerechtfertigt ansehen, daß Dänemark, wenn es die selbstgeschaffenen Schwierigkeiten nicht hinwegräumen kann, uns gestatte, die ungesetzlichen Folgen derselben durch unsere Besetzung des Herzogthums Schleswig zu beseitigen. Sollte Dänemark dieser Besetzung mit Waffengewalt entgegentreten, so werden militärische Operationen stattfinden müssen, deren Folgen auf die weitere Entwicklung der deutsch-dänischen Beziehungen einen um so bedenklicheren Einfluß üben dürften, als die zwischen den beiden Ländern bestehenden Verträge dann aufhören würden, in Kraft zu sein. Erst von jenem Augenblick an würde die Integrität der dänischen Monarchie eine Frage werden, die eine Lösung heischt. Wir zweifeln nicht, daß diese Frage dann von allen Mächten mit der ernsten Weisheit und Voraussicht, die eine so wichtige Frage verlangt, geprüft werden würde, und unsere freundschaftlichen Beziehungen zur Regierung Ihrer Brittischen Maj. flößen uns das Vertrauen ein, daß sie, gleich uns, in einem jenen Beziehungen entsprechenden Geist sich an dieser Lösung betheiligen werde. Ich ersuche Ew. Excellenz in diesem Sinn angelegentlich mit Lord Russell zu sprechen und ihm diese Depesche vorzulesen.

* **London,** 6. Apr. Parlamentsverhandlungen am 5. April. Im Oberhause sagt Earl Russell, der wegen der verstohlenen Werbungen für die Vereinigten Staaten interpellirt wird, der amerikanische Gesandte, Hr. Adams, habe im November Weisungen erhalten, aus denen hervorgehe, daß jeder Offizier der Vereinigten Staaten, der zur Verletzung der Foreign Enlistment Act sich hinreißen lassen sollte, sofort den Abschied erhalten werde. Was die Vorgänge auf dem Schiff „Kearsage" betreffe, so glaube er, daß weder der Kapitän noch der amerikanische Konsul sich etwas haben zu Schulden kommen lassen. Lord Derby und der Marquis v. Clanricarde sind mit dieser Ansicht nicht einverstanden. Letzterer beantragt die Vorlegung der Korrespondenz mit der Regierung der konföderirten Staaten wegen der Verweisung brittischer Konsuln vom konföderirten Gebiet. Earl Russell ist bereit, diese Vorlagen zu machen, unter der Bedingung, daß vor den Titel „Konföderirte Staaten" die Bezeichnung „sogenannte" gesetzt werde, und daß sich das Haus mit „Abschriften oder Auszügen" begnüge. Mit dieser Abänderung wird der Antrag genehmigt.

Im Unterhause wird vorzugsweise über lokale Angelegenheiten gesprochen.

Das gestrige Telegramm der „Times" aus dem dänischen Lager, wornach Sonderburg ohne vorhergegangene Ankündigung bombardirt worden sei, ist bis jetzt von keiner Seite bestätigt worden und hat auch eben so wenig einen Widerspruch erfahren. Die „Times" scheint ihrem Korrespondenten, der jenes Telegramm abgesandt hat, blinden Glauben zu schenken, und ergeht sich über die Grausamkeit und Unklugheit des preußischen Verfahrens in Betrachtungen, die sich kaum wiedergeben lassen. Erwähnenswerth aber ist die Bemerkung, daß es den Preußen obliege, die Nachricht zu widerlegen, weil sie sonst ein allgemeines Verdammungsurtheil treffen würde. Wir brauchen nicht hinzuzufügen, daß der Artikel seine Wirkung auf das englische Publikum nicht verfehlen wird.

Der Posten, den Lord Clarendon im Kabinet übernommen hat, die Kanzlerschaft des Herzogthums Lancaster nämlich, ist von untergeordneter Bedeutung; es steht aber außer Zweifel, daß sich für den ehemaligen Minister des Auswärtigen bald eine höhere Stelle finden wird. Die Kanzlerschaft ist gewissermaßen nur eine provisorische Unterkunft. Durch den Eintritt Lord Clarendon's hat sich der seltene Fall ereignet, daß zwei Brüder im selben Kabinet sitzen; sein jüngerer Bruder, der Right Hon. G. Villiers, ist Präsident des Amts der Armenpflege.

Badischer Landtag.

†† Karlsruhe, 8. Apr. 29. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Finanzministeriums, Staatsrath Vogelmann; Ministerialrath Schmidt.

Nach Eröffnung der Sitzung wird eine vom Abg. v. Feder übergebene Bitte der Metzger von Wertheim, die Aufhebung der Fleischaccise betr., angezeigt.

Die Tagesordnung führt zur Berathung des vom Abg. Buhl erstatteten Berichts über den die Besteuerung des Rübenzuckers betr. Gesetzentwurf. Derselbe lautet:

Art. 1. Von den zur Zuckerfabrikation seit 1. Sept. 1862 verwendeten und künftig zu verwendenden getrockneten Rüben ist für den Zentner die gleiche Steuer zu erheben, wie für vier und drei viertel Zentner rohe Rüben.

Der Art. 2 des Gesetzes vom 10. März 1862, die Besteuerung des Zuckers betr. (Reg.-Blatt von 1862 Nr. XI), tritt außer Kraft.

Art. 2. Das Finanzministerium ist mit dem Vollzuge beauftragt.

Die Zollkommission beantragt, die Kammer wolle dem vorliegenden Gesetzentwurf ihre Zustimmung geben. Sie spricht aber dabei den Wunsch aus, daß großh. Regierung, wie sie es bisher gethan, fortfahren werde, auf Festsetzung des richtigen Besteuerungsverhältnisses hinzuwirken.

Abg. Achenbach hebt die Berechtigung dieses Wunsches ausdrücklich hervor.

Der Gesetzentwurf wird hierauf einstimmig angenommen.

Der Tagesordnung gemäß wird sodann die Berathung des vom Abg. Buhl erstatteten Berichts über das provisorische Gesetz vom 12. Okt. v. J., die Abänderung des Vereins-Zolltarifs betreffend, eröffnet.

Der Kommissionsbericht bemerkt hierüber, indem er die nachträgliche Zustimmung zu dem Gesetze beantragt:

„Das Gesetz umfaßt die wenigen Abänderungen des Vereins-Zolltarifs, die aus den Berathungen der im vergangenen Jahr in München versammelten 15. Generalkonferenz hervorgingen. Eine eingreifendere Aenderung des Tarifs konnte wohl nicht als Ergebniß der diesmaligen Verhandlungen erwartet werden, da der nahe Ablauf der Zollvereinsverträge für tiefergreifende Anträge keine günstige Stimmung erwarten ließ, und es dem bevorstehenden, zur Rekonstituirung des Zollvereins zu berufenden Kongreß vorbehalten bleiben mußte, Anträge, die in den Bereich einer prinzipiellen Umgestaltung des Vereinstarifs fallen würden, in Berathung zu ziehen und darüber nach den zur Geltung kommenden allgemeinen Grundsätzen zu beschließen. Es wäre jedoch irrig, anzunehmen, daß die letzte Generalkonferenz sich nur in den wenigen, durch vorliegendes Gesetz in's Leben gerufenen Aenderungen mit dem Tarif befaßte. Eine größere Anzahl eingebrachter Anträge konnte die erforderliche allseitige Zustimmung nicht erlangen und wurde somit beseitigt. Durch das Erforderniß der Einstimmigkeit für alle, auch für nichtorganische Beschlüsse erhält die Wirksamkeit des Zollvereins eine Schwerfälligkeit, welche gegenüber den Anforderungen der so sehr beweglichen Zeitverhältnisse oft von großen Nachtheilen begleitet sein muß. Wir können jedoch eine Hebung dieses Grundübels der bisherigen Vereinsorganisation nicht wünschen, ohne zugleich an ein wirksameres Zustimmungsrecht der Volksvertretung zu denken, als es bisher thatsächlich geboten war, und ein solches vermögen wir nur in einer einheitlichen Vertretung der gesammten Bevölkerung des Zollvereins zu erblicken. Es ist hier nicht der Anlaß gegeben, näher auf diese Fragen einzugehen, obwohl die gegenwärtig über den Zollverein ausgebrochene Krisis uns solche eben jetzt besonders nahe legt.

Wir sind auch nicht in der Lage, uns hier mit den Verhältnissen zu befassen, von welchen der Fortbestand des Zollvereins abhängt. Die Nothwendigkeit der Fortdauer des Vereins ist eine so allseitig gefühlte und anerkannte, daß in ihr die beste Gewähr für die Erhaltung des Verbandes gegeben ist. Wie in der Periode des Wachsthums und der Entwickelung des Vereins nur das unwiderstehliche Gebot der Nothwendigkeit die so lange widerstrebenden Einzelstaaten demselben nach und nach zuführte, so wird auch jetzt die in dem weit mehr entwickelten Verkehrsleben noch stärker hervortretende Natur der Dinge über die Spannungen und Zerwürfnisse obsiegen, welche den Verein zu gefährden scheinen. Der größte Theil unserer Zuversicht auf Erhaltung des Vereins gründet sich also auf die finanzielle und volkswirthschaftliche Unmöglichkeit seiner Auflösung und der Wiederaufrichtung der Zollschranken innerhalb des Gebiets, in dem sich ein so reger und fruchtbringender Güteraustausch ausgebildet hat."

Abg. Moll spricht wiederholt die Hoffnung auf Erhaltung des Zollvereins aus, und wünscht, daß die großh. Regierung ihren Einfluß aufwende, um die von der Kommission angedeuteten Reformen der Zollvereins-Verfassung in's Leben zu rufen.

Abg. Pickford schließt sich den Wünschen des Vorredners an.

Redner berührt dabei die aus Anlaß des Handelsvertrags hervorgetretene Agitation, welche einestheils die Lage verschlimmert, anderntheils aber auch die Luft geklärt habe. Dieselbe habe in letzterer Beziehung namentlich bewirkt, daß jetzt schon Oesterreich sich mit dem Gedanken einer Tarifreform vertraut mache, bei welcher freilich weniger das Volk Oesterreichs als die Regierung schließlich den Ausschlag gebe.

Darin, daß sich dieses Bedürfniß einer Tarifreform auch in Oesterreich Bahn gebrochen, sieht Redner die beste Bürgschaft für Erhaltung des Zollvereins; den von der Kommission ausgesprochenen Wünschen schließt sich Redner aus vollem Herzen an. Es ist unbedingt nöthig, daß die schwerfällige Einrichtung der Zollvereins-Verfassung, die Einstimmigkeit, geändert und daß ein Zollparlament errichtet werde.

Man darf sich jedoch nicht täuschen, es werden dieselben Anstrengungen zur Herstellung eines Zollparlaments nöthig sein, wie für ein Nationalparlament, und anderseits wird ein bloßes Zollparlament bald seine Kompetenz zu einem politischen Parlament erweitern.

Abg. Mathy: Das Wesen der Verbesserung der Zollvereins-Verfassung liegt darin, daß an die Stelle der Einstimmigkeit Majoritätsbeschlüsse treten. Die Einstimmigkeit war aber seiner Zeit nothwendige Bedingung für das Zustandekommen des Zollvereins.

Was unsere Aussichten auf Erfüllung der ausgesprochenen Wünsche betrifft, so sind diese für die nächste Zeit wenige oder gar keine. Wir sind jetzt in einer Krise, es handelt sich gegenwärtig um die Existenz des Zollvereins, um das Ob, und da tritt die Frage nach dem Wie in den Hintergrund. Durch das Hereintragen der Organisationsfrage würde aber auch die Krisis verschlimmert.

Nur in einem Fall wäre dieses Hereinziehen rathsam; wenn es sich nämlich um eine Herstellung des Zollvereins in einem geringern Umfang als seinem bisherigen handelte. Dies dürfen wir aber nicht voraussetzen. Wir dürfen die Hoffnung auf Herstellung des ganzen Zollvereins nicht aufgeben; bis zur Herstellung desselben aber wollen wir die an sich ganz berechtigten Wünsche vertagen.

Staatsrath Vogelmann: Der Hauptwunsch der Regierung ist gegenwärtig nur der, den Fortbestand des Zollvereins zu sichern. Ist dies geschehen, so wird es sich dann weiter um die Organisation handeln. In dieser Richtung war auch der badische Kommissär instruirt. Die Schwierigkeiten sind so groß, daß man sie nicht noch durch die Organisationsfrage vermehren darf. Die Lage hat sich übrigens in der letzten Zeit etwas verbessert.

Abg. Knies schließt sich dem vom Abg. Mathy Gesagten an, hofft übrigens für die Erhaltung des Zollvereins das Beste. Was die Reform desselben betreffe, so dürfe die Aenderung bezüglich der Beschlußfassung des Zollvereins unmöglich darin bestehen, daß einfach die Mehrzahl der Regierungen entscheide; es müssen vielmehr die territorialen, die Machtverhältnisse ausschlaggebend sein.

Abg. Moll bemerkt, er halte es für selbstverständlich, daß die Majorität nach den Machtverhältnissen bemessen werde.

Das Gesetz wird hierauf einstimmig angenommen.

Der Präsident theilt noch mit, daß bezüglich der Bauveränderungen in dem Ständehaus die großh. Regierung die Vorschläge der Kammer zu hören wünsche, und daß daher von den Abtheilungen eine Kommission für diese Angelegenheit zu wählen sei.

Schluß der Sitzung.

†† Karlsruhe, 8. Apr. 30. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 9. April, Vormittags 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts der Budgetkommission über das ordentliche Budget des großh. Ministeriums des Innern für 1864 und 1865 (eigentlicher Staatsaufwand Tit. I—IX und Tit. XVII), erstattet von dem Abg. Kusel.

Baden.

Karlsruhe, 8. Apr. Gestern vereinigten sich die HH. Abgeordneten zur Feier des Jahrestages der „Oster-Proklamation" Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs, die bekanntlich den Ausgangspunkt der neuesten Entwicklung des badischen Staatslebens bildet, bei einem Banket, an dem auch die Mitglieder des großh. Staatsministeriums Theil nahmen. Auch in andern Kreisen wurde der denkwürdige Tag in mannichfacher Weise gefeiert.

Vermischte Nachrichten.

— München, 5. Apr. (Sch. M.) Die Zeichnungen für das Denkmal für den verstorbenen König haben unter den günstigsten Auspizien begonnen; die wärmste Sympathie begleitet dies Unternehmen in allen Schichten des ganzen Volks. Der Verwaltungsrath der Ostbahn-Aktiengesellschaft hat sofort 10,000 fl. und eben so viel der Fabrikant Cramer-Klett in Nürnberg gezeichnet.

— Mainz, 6. Apr. Warburg hat gegen das von dem Obergericht gegen ihn erlassene Urtheil Kassation nachgesucht.

— Gotha, 5. Apr. (Fr. P.-Ztg.) In neuester Zeit hat die preußische Regierung, wie schon in öffentlichen Blättern berichtet worden, Requisitionen, betreffend die Auslieferung des hier wohnenden Schriftstellers Ludwig Walesrode, hieher ergehen lassen. Walesrode hat nun bei den hiesigen städtischen Behörden um Ertheilung des Bürgerrechts nachgesucht, und es hat die Stadtverordneten-Versammlung auf Antrag des Stadtraths in ihrer heutigen Sitzung die Aufnahme Walesrode's in den Bürgerverband Gotha's mit Stimmeneinhelligkeit genehmigt, außerdem aber noch mit Rücksicht auf das „volksthümliche Streben" Walesrode's den Beschluß gefaßt, von jeder Forderung eines Bürgergeldes abzusehen.

— Solothurn. Dem „Hdls.-Courr." wird aus Solothurn folgendes erschütternde Ereigniß gemeldet: Am Fögetz (außerhalb der Stadt) steht ein kleines Häuschen; darin wohnte ein junges Ehepaar, ein Schreiner mit seiner Frau, brave, bescheidene, fleißige und allgemein geachtete Leute. Der Schreiner hatte einen Jugendfreund, der immer mit ihm zusammen und bei seiner Verheirathung auch sein Vorknabe gewesen war. Dieser Letztere nahm seit Jahren in einer vornehmen Familie die Stelle des Bedienten ein. Seit etwa 6 bis 8 Wochen zeigte der Bediente Spuren von Geisteskrankheit. Der behandelnde Arzt warnt, und die vornehme Familie, statt den Mann sofort durch die bezügliche Behörde in's nahe Irrenhaus schaffen zu lassen, veranlaßt obengenanntes Ehepaar, dem Bedienten in ihrem Häuschen Schlafstelle zu geben. Auch der Schreiner wird gewarnt, behält aber den Kranken, trotz eines Anfalls von Tobsucht, dennoch bis zum 31. März Abends in seinem Hause. Am 1. April soll er in's Irrenhaus gebracht werden. Der Kranke hört die Verabredung, und am 2. Apr., als Müller nebst Frau bereits am 1. nicht sichtbar geworden war, findet man Letztern nebst Frau — todtgeschlagen im Blut liegen, daneben die blutige Axt und den Ueberrock des Geisteskranken, welcher Letztere sich durch das Fenster geflüchtet hat. Wahrscheinlich hat der geisteskranke Mörder sich rächen wollen für den vermeintlichen Frevel, daß ihn seine besten Freunde zu verlassen und in's Irrenhaus zu stecken gedachten. Den Mann tödtete er an der Arbeit von hinten mit 5 bis 6 Streichen, die Frau erreichte das blutige Schicksal am Kochherd.

Nachschrift.

Telegramme.

London, 7. Apr., Abends. (Sch. M.) Der Zusammentritt der Konferenz ist noch immer auf den 12. April festgesetzt. Ob der Deutsche Bund bis zu dieser Frist einen Bevollmächtigten ernannt haben wird, ist noch ungewiß.

London, 8. Apr. (Sch. M.) Im Oberhaus fragte gestern Graf Shaftesbury, ob die Regierung Nachricht über die Beschießung Sonderburgs durch die Preußen ohne vorhergehende Anzeige erhalten habe. Graf Russell erwiederte, es fehlen darüber amtliche Berichte; die Regierung müsse sich daher die Aeußerung ihrer Meinung vorbehalten. Graf Grey wünschte auf die nächste Woche eine Debatte über den deutsch-dänischen Streit. Graf Russell erklärte sich damit einverstanden. — Im Unterhaus legte gestern Gladstone das Budget vor. Die Einnahmen ergeben einen Jahresüberschuß von 2,352,000 Pfd. St., obgleich die Steuernachlässe über 3 Mill. betragen. Für das nächste Jahr sind die Ausgaben auf 66,890,000 Pfd. St. veranschlagt, die Einnahmen auf 69,460,000; Ueberschuß 2,430,000 Pfd. St. Gladstone beantragte namhafte Herabsetzung der Kornzölle, verschiedener Stempelsteuern, der Zuckerzölle, der Malztaxe, der Einkommensteuer (letztere auf 1 Penny), der Brandversicherungs-Steuer. Trotzdem werde sich ein Ueberschuß von 238,000 Pfd. Sterl. ergeben, welcher reservirt werden soll. Ferner konstatirte der Minister die ausgezeichneten Ergebnisse des Handelsvertrags mit Frankreich. Die Einfuhr nach Frankreich habe im Jahr 1859 $9\frac{1}{2}$ Mill. Pfd. Sterl. betragen, jetzt betrage sie 23 Mill. Das Haus nahm den Vortrag mit Beifall auf.

Neu-York, 24. März. (Sch. M.) Die Rebellen haben auf dem Fort Sumter sechs gezogene Kanonen aufgefahren. Der Bau eines andern Panzerschiffes ist vollendet. Man glaubt, es werde ein Einfall nach Kentucky von verschiedenen Punkten vorbereitet. — Goldagio $66\frac{5}{8}$. Wechsel auf London 180.

△ Mannheim, 6 Apr. „Die Stehle" und wieder „die Stehle" ist das Losungswort der hiesigen künstlerischen und nichtkünstlerischen Welt. Bei den bescheidenen Forderungen, welche die eminente Künstlerin gemacht hat, muß die Kasse der Theateranstalt ein brillantes Geschäft machen. Höher noch schlagen wir den Gewinn an, den der Geschmack des Publikums zu ziehen die hoffentlich nicht unbenützte Gelegenheit hat. Zeigte diese sich schon in der Innigkeit und künstlerischen Höhe ihrer ersten Gastdarstellung, so war es heute Abend in der vielleicht mehr als bedenklichen Operette „Das Glöcklein des Eremiten" der Fall, in welcher ihre Auffassung und Darstellung der „Rose Friquet" nicht wenig dazu beitrug, nicht nur der eigenen Rolle einen gewissen ästhetischen Reiz zu verleihen, sondern auch manchen Stein des Anstoßes in kleinen Stücken selbst zu entfernen, oder wenigstens abzuschleifen.

Morgen wird eine Reihe von kleinen Liedern, welche sie im vierten Akademiekonzert vortragen wird, diesem sicher eine möglichst große Zahl von Zuhörern zuführen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

7. April.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28" 1,13'''	0,0	N.O.	rein	heiter, Reif
Mittags 2 „	„ 0,93'''	+ 5,5	„	schw. bew.	Sonnenbl., rauh.
Nachts 9 „	„ 1,34'''	+ 1,5	„	„ „	heiter, frisch

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Z.h.158. Konstanz. Freunden und Bekannten mache ich die schmerzliche Anzeige, daß am 3. d. M. mein vielgeliebter Gatte, der großh. badische Hofgerichtsrath Wilhelm Mann, nach kurzem Krankenlager gestorben, und bitte dieselben um stille Theilnahme.

Konstanz, den 6. April 1864.

Julie Mann,
geb. v. Vögt.

Danksagung.

Z.h.167. Philippsburg. Für die ehrenvolle, sehr zahlreiche Leichenbegleitung zum Grabe unseres leider! zu frühe verblichenen Sohnes und Bruders, Adrian Vetter, welche demselben sowohl von der hiesigen Bevölkerung, als auch von Bekannten der Umgegend bei der heute stattgehabten Beerdigung zu Theil geworden, sagen wir auf diesem Wege hiemit unsern verbindlichsten Dank.

Insbesondere vermögen wir nicht zu unterlassen, dem hiesigen Feuerwehrkorps, welches durch Betheiligung sämmtlicher Korpsgenossen an dem Leichenzuge, als auch im Verein mit den hier anwesenden Militärpersonen, durch Verbringung der Leiche ihres ehemaligen Kameraden zum Friedhofe, demselben die letzte Ehre erwiesen haben, sowie der Feuerwehrmusik und dem hiesigen Liederkranze, welche durch beiderseitige Vorträge zur Erhöhung der Leichenfeier wesentlich beigetragen haben, für die dem Hingeschiedenen dadurch bewiesene Auszeichnung unsere Anerkennung hiemit öffentlich auszusprechen.

Philippsburg, den 6. April 1864.

Die trauernden Eltern und Geschwister.

Z.h.159. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß **Zucker in Broden, Hüten oder Stücken, sowie Kandiszucker** im **Mitteldeutschen Verbande**, und zwar zwischen den in den Spezialtarifen dieses Verbandes vom 1. Januar 1864 aufgeführten Stationen, bei Versendung in Quantitäten von mindestens 100 Zentnern auf Einen Frachtbrief und an Einen Empfänger zur Taxe der 1sten Tarifklasse befördert wird.

Karlsruhe, den 6. April 1864.

Direktion der großh. bad. Verkehrsanstalten.

Zimmer.

Schneider.

Z.h.168. Baden-Baden.

Schriftsetzergesuch.

Ein Schriftsetzer kann sogleich eintreten bei **F. M. Reichel** in **Baden-Baden.**

Commisstelle-Gesuch.

Z.h.162. Ein junger Mann, der schon seit längerer Zeit auf dem Lande in einem Kolonial-, Spezerei-, Farb- und Eisenwaarengeschäfte servirte, sich über Verkauf wie Fachkenntniß bestens auszuweisen vermag, sucht unter bescheidenen Ansprüchen eine ähnliche Stelle, am liebsten in einer Stadt (Badens).

Nähere Auskunft ertheilt die Expedition dieses Blattes unter Nr. 162.

Z.h.23. Baden (Schweiz).

Lehrlingsstelle.

In einer Käse-Handlung en gros bei **F. J. Stigeler** in Baden (Schweiz) könnte ein gut geschulter Knabe, der eine schöne Schrift besitzt, unter günstigen Bedingungen als Lehrling eintreten, und nachher dauerhafte Anstellung daselbst als Reisender finden

Z.h.99. **Ladenmädchen-Gesuch.**

Ein bescheidenes, ehrliches Mädchen, welches die nöthige Vorkenntnisse besitzt, oder schon in einem ähnlichen Geschäfte servirt hat, findet in einem gemischten Waarengeschäfte eine Stelle.

Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Z.h.156. Hamburg.

Wichtig für Zündholzfabriken.

Ein Techniker, der zugleich Fachkenner, offerirt folgende von ihm **neu konstruirte** Maschinen:

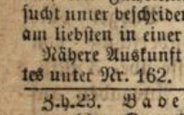
Eine Hobelmaschine, die täglich je nach der Länge der abfreien Jahrgänge des Holzes bis zu 2½ Fuß langen runden Holzdraht zu 6 — 8 Millionen Zündhölzer liefert.

Eine Einlege- und Abfüllmaschine, die täglich 1 Million Zündhölzer einlegt und abfüllt, erforderlich 1 Arbeiter.

Eine **Schachtelmaschine**, mit welcher eine Arbeiterin täglich 1000 Spahnschachteln beliebiger Größe anfertigt.

Ferner werden alle bisher bei der Zündwaarenfabrikation in Anwendung gebrachten Maschinen preiswürdig geliefert.

Offerten werden erbeten in Franko-Briefen sub H & V No. 402 an die Herren **Haasenstein & Vogler in Hamburg.**



Landhaus-Versteigerung.

Z.h.173. Wegen Ablebens des Eigenthümers wird das Seceaucerroth'sche Landhaus bei Erlenbad, Station Achern, bestehend in einem Wohnhaus nach Schweizerart, mit Balkon, Nebenhaus mit Scheuer und Stallung, Obst- und Gemüsegarten, ein geschlossenes Ganzes bildend, nebst zwei Morgen sogenannte Almendwiesen, am

Montag den 18. April d. J.,
Nachmittags 2 Uhr,

im Hause selbst einer öffentlichen Steigerung ausgesetzt; wozu die Liebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die Steigerungsbedingungen an der Steigerungstagfahrt bekannt gemacht werden.

Z.h.165. Ettlingen.

Die Vaillant'sche Knaben-Erziehungs-Anstalt in Ettlingen bei Karlsruhe

beginnt am **15. April** einen neuen Lehrkurs.

Nähere Auskunft ertheilt **Die Direktion.**

Z.h.96. Karlsruhe.

Das Mode- u. Confection-Lager

von

Carl Schaefer aus Baden

im Hause des Hoflieferanten **Ph. D. Meyer**, Ritterstraße,

empfiehlt das **Neueste**, was für die kommende Saison in **Damenkleiderstoffen** erschienen ist.

Aufenthalt bis zum 15. dieses Monats.

Z.h.160.

Villa Falkenstein

bei Herrenalb im Albthal,

3 Fahrstunden von Baden-Baden, Wildbad und der Residenz Karlsruhe entfernt.

Kaltwasser-Heilanstalt, Molkenkur, einfache Warmwasser-, Dampf- und Fichtennadelbäder.

Eröffnung am 1. Mai.

Die schon seit 3 Jahren durch den zahlreichen Besuch vornehmer Familien rühmlichst bekannte

Villa Falkenstein

(24 geräumige Zimmer und Salons enthaltend) ist zur Aufnahme von Familien bestimmt, die keine Kur gebrauchen, sondern nur einen ruhigen, angenehmen Landaufenthalt beabsichtigen und dabei einer angemessenen Gesundheitspflege versichert sein wollen.

Für den ausgedehnten Betrieb des Wasserheilverfahrens wurde vergangenen Herbst **noch ein neues Gebäude** in den Gartenanlagen der Villa aufgeführt, **in Form eines Schweizerhauses** (42 Zimmer enthaltend), welches alle Einrichtungen in sich schließt, die für eine gut eingerichtete Wasserheilanstalt nothwendig sind, als: Vollbäder, Duschen, Regen-, Sitz- und Halbbäder, sowie auch Wellenbäder und Kasten-Dampfbäder nebst Vorrichtungen zur Ausübung der Heilgymnastik. Beide Gebäude sind mit Eleganz und Comfort eingerichtet.

Der praktische Arzt Herr Dr. Weiß übernimmt die ärztliche Leitung der Anstalt und wohnt während der Saison in derselben.

Die Küche wird von einem ausgebildeten Koche besorgt.

Der Unterzeichnete, seit 14 Jahren Direktor der Wasserheilanstalt des Bades Hub bei Baden-Baden, hat diese Stellung verlassen, und widmet sich von nun an ganz dem Betriebe seines Etablissements. — Nähere Auskunft und Prospekte ertheilt

Herrenalb, im März 1864.

A. Mahl,
Eigenthümer der Villa Falkenstein.

NB. Zur Bequemlichkeit solcher Patienten im badischen Lande, **die eine Wasserkur in der Villa Falkenstein** beabsichtigen, diene zur Nachricht, **daß Herr Doktor Bertou in Baden-Baden** Auskunft darüber zu ertheilen vermag, indem er die Einrichtung und vortheilhafte Lage der Villa kennt, und demnach zu bestimmen weiß, ob der Kranke mit Vortheil einen Aufenthalt hier machen wird.

Prospekte sind bei der **Expedition dieses Blattes** zu haben.

Trockenes Erlenholz

in beliebiger Stärke und Breite (jedoch nicht unter 2" dick) wird zu kaufen gesucht. Anträge nimmt entgegen die Expedition dieses Blattes. Z.h.93.

Z.h.47. Karlsruhe.

Wagenverkauf.

Ein viersitziger Stadtwagen ist zu verkaufen und das Nähere zu erfragen bei Hof-Oekonomieverrechner **Sievert.**

Gasthausverkauf.

Z.h.171. In einer gewerblichen Stadt nahe der Residenz ist ein Gasthaus unter ganz billigen Bedingungen wegen Aufgabe des Geschäfts sogleich zu verkaufen. Dasselbe würde namentlich für einen tüchtigen Bierbrauer vermöge seiner Lage und Räumlichkeiten von großem Nutzen sein; auch könnte es ohne Schildgerechtigkeit abgegeben werden. Näheres bei der Expedition d. Bl. zu erfragen.

Z.g.364. Neckarbinau.

Fahrnißversteigerung.

In Folge richterlicher Verfügung vom 19. d. M., Nr. 5680, werden Montag den 2. Mai l. J. und an den folgenden Tagen, jedesmal um 9 Uhr Morgens anfangend, im Schloßgebäude zu Binau verschiedene Fahrnisse, darunter Goldwaaren, Uhren, Oelgemälde, Möbel, Weißzeug, mehrere hundert Bände Bücher, Manns- und Frauenkleider, eine ganze Theatereinrichtung, Küchen-, Faß- und Bandgeschirr, eine Parthie altes Papier öffentlich an die Meistbietenden gegen gleich baare Zahlung versteigert.

Mosbach, den 2. April 1864.

Edinger, Gerichtsvollzieher.

Z.g.366. Hattingen, Amts Engen.

Zwangsversteigerung.

In Folge richterlicher Verfügung wird dem Victor Bildner von Schutterthal bis

Freitag den 6. Mai l. J.,
Morgens 10 Uhr,

im Rathhause in Hattingen ein einstöckiges Barackenwirthshaus am südlichen Tunneleingang bei Hattingen nochmals öffentlich versteigert und endgiltig zugeschlagen, auch wenn der Schätzungspreis von 600 fl. nicht erreicht wird.

Hievon erhält der Schuldner Victor Bildner, dessen Aufenthalt unbekannt ist, Nachricht, mit der Aufforderung, der Steigerungstagfahrt anzuwohnen und wegen Erlangung von Zahlungszielern gemäß §. 1010 der P.O. richterliche Ermächtigung nachzusuchen.

Möhringen, den 5. April 1864.

Der Vollstreckungsbeamte:
E. Sauer, Notar.

Z.h.102. Mühlacker.

Eisenbahnbau von Durlach nach Mühlacker.

Versteigerung.

Auf der Bahnstrecke von Pforzheim nach Mühlacker werden verschiedene abgängige Baumaterialien und Geräthschaften, als: Dielen, Eisen und Eisenwaaren, Werkzeuge für Schmiede, Schlosser, Wagner, Schreiner, Zimmerleute, Maurer, Steinhauer, Steinbrecher, Bergleute 2c., Grabgeschirr, einige starke Winden Hebmaschinen, Rollwagen, Stein-, Hand- und Schubkarren 2c. öffentlich versteigert, und wird hiermit **Mittwoch den 13. d. M., Vormittags halb 10 Uhr, beim Pforzheimer Bahnhof** begonnen, und die Versteigerung **Donnerstag den 14. d. M., von Vormittags halb 10 Uhr, beim Bahnhof Mühlacker** fortgesetzt, wo inzwischen die Steigerungsobjekte und -Bedingungen eingesehen werden können.

Mühlacker, den 4. April 1864.

Großh. Wasser- u. Straßenbau-Inspektion Karlsruhe.

A. A.:
Wolff.

Z.g.368. Nr. 2897. Bretten. (Verschollenheiserklärung.) Da der Johann Adam Freund von Bretten sich auf die an ihn unterm 17. März v. J., Nr. 2495, ergangene öffentliche Aufforderung dahier nicht gemeldet hat, so wird derselbe für verschollen erklärt und sein Vermögen seinen nächsten Anverwandten in fürsorglichen Besitz gegeben.

Bretten, den 5. April 1864.

Großh. bad. Bezirksamt.
Flad.

Z.g.347. Mannheim. (Erbvorladung.) Maria Josefa Steinwender von hier, angeblich im Jahr 1850 nach Rußland ausgewandert, wird hiermit zur Erbtheilung ihrer verstorbenen Schwester, Schloßwächter Josef Roß's Wittwe, Barbara, geb. Steinwender, mit Frist von

3 Monaten

unter dem Bedeuten öffentlich vorgeladen, daß im Nichterscheinungsfalle die Erbschaft lediglich Denjenigen zugetheilt wird, welchen sie zukäme, wenn die Vorgeladene zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wäre.

Mannheim, den 2. April 1864.

Großh. bad. Stadtamtsrevisorat.
Winther.

Z.g.370. Nr. 7124. Pforzheim. (Diebstahl und Fahndung.) In der Nacht vom Ostermontag auf den Mittwoch den 30. März wurde dem Traubenwirth Leicht von Neuhausen nach vorherigem Einsteigen in seine Wirthsstube und gewaltsamem Erbrechen seines darin stehenden Pultes eine zu diesem gehörige Schublade von Birkenholz, vorn polirt, und eine in dieser aufbewahrte, pappendeckelne Schachtel, nebst folgendem Gelde entwendet:

1) Zwei Kronenthaler, auf derem einen das Brustbild der Maria Theresia sich befindet;
2) zwei Zweiguldenstücke, wovon eines neu, württembergischen Gepräges;
3) ungefähr zehn österreichische Eingulденstücke;
4) fünfzehn Eingulденstücke;
5) acht Halbguldenstücke;
6) ein Frank;
7) zwei preußische Thaler;
8) drei 17½-kr.-Stücke;
9) ein Sechsbätzner;
10) ein hessischer Fünfguldenschein;
11) das übrige in kleiner Münze.

Wir bringen diesen Diebstahl zum Zwecke der Fahndung auf die entwendeten Gegenstände und den unbekannten Thäter zur öffentlichen Kenntniß.

Pforzheim, den 5. April 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Gärtner.

Z.g.363. Nr. 3288. Ladenburg. (Bekanntmachung.) Am 5. d. M. ist des Morgens bald nach 5 Uhr bei Neckarhausen ein Mann in den Neckar gegangen und dort ertrunken, dessen Kleidung und Person von den Zeugen nicht näher beschrieben werden kann. Den zu seiner Rettung Herbeieilenden gelang es, nur die Kappe des Ertrunkenen herauszuziehen. Dies ist eine grüne Kappe mit kleinem ledernem Schild und eckigem Deckel, in dessen Mitte ein Knopf sich befindet.

Wir bitten, falls die Leiche gefunden werden sollte, uns hievon, sowie von den etwaigen persönlichen Verhältnissen des Ertrunkenen Kenntniß zu geben.

Ladenburg, den 7. April 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Bender.

Z.g. 367. Mannheim. (Aufforderung.) Goldarbeiter und Handelsmann Franz Jakob Doreck steht dahier wegen boshafter Zahlungsflüchtigkeit in Untersuchung, hat sich aber heimlich von hier entfernt. Derselbe wird daher aufgefordert, sich

binnen 14 Tagen

zur Einvernahme dahier zu stellen, widrigenfalls nach Lage der Akten gegen ihn erkannt werden wird.

Zugleich wird demselben eröffnet, daß dessen hinterlassenes Vermögen mit Beschlag belegt worden ist.

Mannheim, den 2. April 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Exter.

Frankfurt, 7. April 1864.

Staatspapiere.

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	—	G.Hess.	3½% Obligation.	— —
„	5% do. in holl. St.	— —	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	102⅜ P.
„	5% do. 1852 i. Lst.	79⅛ b.G.	„	4½% do.	101⅞ P.
„	5% do. 1859 „ „	79¼ bez.	„	4% do.	99½ P.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	91½ P.	„	3½% do.	92¼ P.
„	5% Venet. E. b. R. 6/7	81⅜ G.	Krhess.	4% Obl. Rthlr. à 105	99¾ P.
„	5% Nat.-Anl. 1854	67⅝ b.G.	Brschw	3½% O. b. R. à 105	91¾ P.
„	5% Met.-Obligat.	61 G.	Lxbrg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. E.	90¾ P.
„	5% do. 1852 C. b. R.	61 G.	„	4% do. à 105 kr. b. E.	89¼ G.
„	4½% Met.-Oblig.	54¼ bez.	Frankf.	3½% Obligation.	98⅝ G.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	— —	„	3% do.	92½ G.
„	4½% do.	99¼ G.	Rußld.	5% Obl. in L. à fl. 12	88¾ P.
„	4% do.	95¼ G.	Finnl.	4½% O. i. R. à 105	87½ b.G.
„	3½% Staatsch.	91 P.	Span.	3% inl. Schuld	49⅝ G.
Bayern	4½% 1jährig	101⅜ P.	„	2¼% Schuld	45⅝ G.
„	4½% ½jährig	102¼ P.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 kr.	100½ G.
„	4% 1jährig	99⅞ P.	Italien	5% Rente Fr. à 28 kr.	— —
„	4% ½jährig	100 P.	Schwd.	4½% Obligation.	94½ G.
„	4% Ablös.-Rente	99½ P.	„	4½% Pfbf. b. B. & E.	95¼ P.
„	3½%	98 G.	Schwz.	4½% E. O. i. Fr. à 28	100⅞ G.
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	105¼ P.	„	4½% Bern. St.-O.	102½ P.
„	4% do.	103 G.	„	4% do.	— —
„	3½% do.	95⅛ P.	„	5% Gf. St. O. Fr. 28	97⅝ P.
Baden	4% Obligation.	100 P.	N-Am.	6% St. i. D. r. 1881	66¾ P.
„	3½% do. v. 1842	93¾ P.	„	6% do. r. 1882	63⅜ P.
G.Hess.	5% Obligation.	101⅜ P.	„	5% do. r. 1871	— —
„	4% do.	99⅜ G.	„	5% do. r. 1874	— —

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	139 P.	4% Pfandbr. d. Frkf. Hyp.-B.	96⅝ P.
3% Oesterr. Bank-Aktien	770 G.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	51¼ P.
5% „ Cred. A. i. O. W.	187½ bez.	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB.	50½ P.
3% Bayer. Bank à fl. 500	— —	5% Tosc. Centr. Eisnb. Prior.	76½ bez.
4% Darmst. B.-A. à fl. 250	217 G.	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	81⅝ P.
4% Weimar. Bank-Aktien	90½ G.	5% do. neueste Emiss. 6/7	74¾ P.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	97⅞ G.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R. 6/7	84 P.
4% Luxemb. Bank-Aktien	106½ P.	5% Galz. Carl Ldwb.-Pr O. 6/7	84¼ P.
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½% Hess. Ldwigsb.-Prior.	100½ G.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	325 G.	5% Oest. Ld. 1. Pr.-O. i. Silb.	80 P.
3½% Frankf. Han. Esnb.-A.	96¼ P.	5% „ „ 2. „ „ „	— —
5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	— —	4½% Ldwb.-Berb. Pr.-Obl.	102½ P.
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	111½ G.	4% „ „ „	99⅛ P.
5% Böhm. Westb.-Akt. fl. 200	66¾ G.	4½% Rhein-Naheb. Pr.-O.	97⅝ G.
Rhein-Nahe-Bahn	27½ G.	5% Ital. R 20% Einz. Fr. à 28	— —
4% Ldwh.-Berb. Eisenbahn	144¼ P.	4% Südd. Bnk.-A. 30% Einz.	246 G.
4% Neustadt-Dürkheimer	98⅞ P.	Span. Cr. b. Pereire 70% „	— —
4½% Pf. Max-Esb.-A. b. R.	106⅛ P.	4½% Bayer. Ostb. 30% „	112¼ P.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	112⅞ b.G.	3% Deutsch. Phönix 20% „	152 P.
4% Hess. Ludwigsbahn	123¼ P.	Frkf. Rückvers.-G. 10% „	104½ G.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Aktien	— —	4% Frkf. Provident. 10% „	93 G.
4½% Frankf. Han. Prior.-O.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% „	100 P.

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R. 1839	124 G.
„ 250 fl. „ 1854	76¼ G.
„ 100 fl. Pr. L. 1858	128 P.
„ 500 fl. v. 1860 5/7	82 bez.
„ 100 fl. v. 1864	96½ b.G.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9¾ P.
Bad. 50-fl.-Loose	112⅝ G.
„ 35-fl.-„	52⅝ G.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	55⅝ P.
Gr. Hess 50 fl. L. b. R.	132¾ P.
„ 25 fl. „ „ „	37 G.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	36½ G.
Sard. 36-Fr.-L. b. B.	63½ G.
Mail. 45-Fr.-L. b. R.	33 bez.
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	35½ P.
3% Bordeaux 100 Fr	86¼ P.
Ansb.-Gunzenh. L.	11½ P.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k.S.	100¼ G.
Antwerpen	„	93⅝ G.
Augsb. 24 fl. 100	„	99⅞ B.
Berlin	„	105¼ B.
Bremen	„	97 B.
Brüssel	„	93⅝ G.
Cöln	„	104⅞ G.
Hamburg	„	88⅝ G.
Leipzig	„	104⅞ G.
London	„	118 G.
Maild. i. Fr. 200	„	93⅜ G.
München	„	99⅞ B.
Paris	„	93¾ G.
„ 60 à 90 T.	„	93⅝ G.
Wien	k.S.	100¼ G.
Disconto		3½% G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 40½-41½
Preuß. Frd'or.	„	9 56½-57½
Holl. fl. 10 St.	„	9 47 -48
Rand-Ducat.	„	5 33½-34½
20-Frankenst.	„	9 22 -23
Engl. Sover.	„	11 45 -49
Russ. Imper.	„	9 40 -42
Gold pr. Zpfd.	„	803 -808
5-Frank.-Thl.	„	— —
Alte österr. 20r.	„	30 24 G.
Rand-20r.	„	30 12 G.
Hh. Silb. p. Zpfd.	„	52 6-36
Preuß. Cassisch.	„	1 45 -45½
Doll. in Gold	„	2 26½-27½

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Mit einer Beilage.